

Presstext Hol den Bürgerenergiepolitiker

Bündnis Bürgerenergie (BBEn) e.V.

Marienstr. 19/20

10117 Berlin

Telefon 030. 30 88 17 89

Fax 030. 84 71 27 36

info@buendnis-buergerenergie.de

www.buendnis-buergerenergie.de

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, sehr geehrter Bundestagsabgeordneter,

wir wenden uns heute an Sie, weil wir in großer Sorge sind. Trotz ständiger Nachrichten über zunehmende Extremwetterereignisse in Folge der Klimaerwärmung, die auf der ganzen Welt Menschen in existenzielle Not bringen, kommt dieses Thema in den derzeitigen politischen Positionierungen fast aller Parteien kaum vor, zumindest nimmt es nicht den Raum ein, der ihm gebührt.

Die Hurricane Harvey und Irma zeigen es zum wiederholten Mal: bereits jetzt geht die Klimaerwärmung mit drastischen Veränderungen für die betroffenen Menschen einher. Sie sind, neben vielen anderen Wetterextremen, die derzeit rund um den Globus zu verzeichnen sind, die Folge eines Anstiegs der mittleren Jahrestemperatur von bisher 1,2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit. Und wir wissen, dass sich solche Wetterlagen in den nächsten Jahren immer häufiger einstellen werden.

Um die Auswirkungen der Klimaveränderung überhaupt beherrschbar zu halten, fordern die maßgeblichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon seit Langem eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf maximal 2°C bis zum Ende dieses Jahrhunderts; die Klimakonferenz von Paris Ende 2015 hat sogar beschlossen, das Ziel von 1,5°C zu erreichen.

Angesichts dieser Dramatik muss allen, die Verantwortung tragen, klar sein: es kann keinen Grund geben, den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter nicht so schnell wie möglich zu vollziehen. Dieser Erkenntnis müssen umgehend Taten folgen. Und die können nur heißen: alle zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen! Wenn Deutschland konsequent alle Potenziale heben würde, könnte es bis zum Jahr 2040 CO₂-frei leben und produzieren (und das wäre der späteste Zeitpunkt, wenn das 1,5°C-Ziel noch erreicht werden soll).

Dazu allerdings müssen die notwendigen Leitplanken gesetzt und alle Bremsmanöver beseitigt werden!

Einen Siegeszug sondergleichen hat seit Beginn der solaren Stromproduktion die Gewinnung von Energie aus Photovoltaik angetreten, gefolgt von der Windstromproduktion. Beide erneuerbaren Energiequellen produzieren heute nicht nur kostengünstiger als neue fossile oder gar atomare Kraftwerke, sie belasten auch nicht künftige Generationen mit Umweltzerstörung und immensen Entsorgungskosten. Was also läge näher, als deren Ausbau voran zu bringen?

Die beiden letzten Bundesregierungen haben Gegenteiliges beschlossen: mit den Novellierungen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ist der Zubau von Photovoltaik und Windkraft gedeckelt und derart behindert worden, dass selbst die mageren Ausbauziele nicht mehr erreicht werden.

Folgende Beispiele mögen das illustrieren:

- Die im EEG 2014 festgeschriebene Deckelung des Zubaus an Photovoltaik und die Einführung verpflichtender Ausschreibungen für Freiflächenanlagen führten zu einem Einbruch der bis dahin boomenden Solarstrom-Produktion. Ergebnis: der Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen in der Solarindustrie, der Verlust der Vorreiterrolle Deutschlands auf diesem Markt, das Verfehlen der ohnehin mageren Ausbauziele um ca. 50%.
- Die im EEG 2017 festgeschriebene Deckelung des Zubaus an Windenergieanlagen und die verpflichtende Ausschreibung führen zur drohenden Insolvenz zahlreicher Anlagenbauer, zahlreicher Projektentwickler sowie zur Stagnation des Ausbaus von Windparks für etliche Jahre, zum Verlust vieler tausend Arbeitsplätze in diesem Zukunftssegment und zur weiten Unterschreitung sogar(!) der gedeckelten Ausbaumargen. Die ersten Anlagenbauer haben aus diesem Grund bereits Entlassungen angekündigt.
- Die im EEG 2017 angeblich vorrangig berücksichtigte bürgergetragene Energiewende wird in ihr Gegenteil verkehrt: bei der ersten und zweiten Ausschreibung erfolgten Zuschläge überwiegend an wenige hochspekulative „Bürgerenergie“-Gesellschaften, die 54 Monate Zeit haben, ihre Projekte zu realisieren. Diese haben Vergütungspreise angeboten, die derzeit weit unter jeder Wirtschaftlichkeit liegen. Damit wird der Bau von Windparks für mindestens 3 Jahre blockiert. Ob danach zu den in der Ausschreibung ermittelten Preisen gebaut werden kann, steht in den Sternen.
- Das EEG hat sich mit Einführung der Ausschreibung zu einem hochgradig spekulativen Verfahren entwickelt. Die dadurch entstandenen enormen Risiken sind durch klassische Bürgerenergiegesellschaften und -genossenschaften nicht zu tragen. Auch kleinere örtlich verankerte Planungsgesellschaften können diese finanziellen Risiken i.d.R. nicht übernehmen. Das führt zum Aus für die Arbeit der zahlreichen Bürgerenergie-Genossenschaften, die in den letzten Jahren entstanden sind. Die von diesen Genossenschaften geleistete Arbeit hat die Akzeptanz für die Energiewende gesichert.
- Die breite bürgerschaftliche Unterstützung des Wandels hin zur Dekarbonisierung hat durch demokratische Mitwirkung und dezentrale Strukturen dem Verdruss am politischen System entgegen gewirkt.

Das Aushöhlen dieser Mitwirkungs- und Mitgestaltungsrechte frustriert die Bürger-Akteure und bedroht die dringend benötigte politische Akzeptanz für die notwendigen Veränderungsprozesse in unserem Land. Eine Stärkung der Bürgerenergie erhöht den Glauben der Menschen in die Gestaltbarkeit ihrer Lebensbedingungen und in die Demokratie!

Sehr geehrte Wahlkreisabgeordnete, sehr geehrter Wahlkreisabgeordneter,

mit einem derart massakrierten EEG kann Deutschland die von der aktuellen Regierung selbst gesteckten Klimaschutzziele für das Jahr 2020 nicht mehr erreichen, ganz zu schweigen von einer wirklichen Umsetzung der Pariser Klimavereinbarung.

Wenn das Ausbremsen der Energiewende nicht schnellstens zurückgenommen wird, sehen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet:

- Deutschland verfehlt seine Klimaziele und leistet damit nicht seinen Beitrag zur Abwendung der Klimakatastrophe.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf diesen Zukunftsmärkten wird zugunsten eines lediglich verzögerten Strukturwandels in der Kohle unwiederbringlich geopfert. Soll der Umstieg auf Elektromobilität glaubwürdig sein, muss der Strom aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden. Autokonzern, die nicht rechtzeitig ihr Geschäftsmodell ändern, werden diesen Markt verlieren.
- Immer mehr Menschen werden aufgrund von Klimaveränderungen entwurzelt und nach neuen Lebensräumen suchen, auch und gerade in Europa.
- Politik muss die Menschen mitnehmen und für ihre Ziele begeistern. Mitgestalten und Mitentscheiden sind Grundlagen für unsere Demokratie.

Bei der Wahl am 24. September geht es aber nicht nur um die Zukunft in Deutschland. Die Verantwortung für das Weltklima, die Lebenschancen unserer Kinder und Enkel und die Überlebenschancen unzähliger Menschen in allen Teilen der Erde muss von unserer Nation mit übernommen werden, die zu den reichsten auf dieser Welt zählt und die endlich wieder ihrer Klima-Vorreiterrolle gerecht werden muss.

Wir werden unsere Mitglieder und die Bürgerinnen und Bürger unserer Regionen auffordern zu prüfen, welche der zur Wahl stehenden Parteien bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen.